125 JAHRE
OVID - VERBAND DER ÖLSAATENVERARBEITENDEN INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND

OVID e. V. | Am Weidendamm 1A | 10117 Berlin

Parlamentarische Staatssekretärin
bei der Bundesministerin für Wirtschaft und Energie
Frau Gitta Connemann

Staatssekretär
im Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie
Herrn Frank Günter Wetzel

Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

Vorab per E-Mail an: info@bmwk.bund.de

4. Juni 2025

Anpassung der Kompensationsgrade im nationalen Emissionshandelssystem (BEHG/BECV) – Bitte um Gespräch

Sehr geehrte Frau Parlamentarische Staatssekretärin,

sehr geehrter Herr Staatssekretär,

OVID Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e. V. wendet sich an Sie mit der dringenden Bitte um ein persönliches Gespräch zu einem zentralen Vorgang aus dem Bereich des nationalen CO_2-Emissionshandels.

Konkret geht es um die Ablehnung unserer Anträge auf Anhebung der Carbon Leakage-Schutz Kompensationsgrade für die Produktion von Rapsöl und von Palmöl im Rahmen des BEHG. Trotz einer fachlich positiven Einschätzung durch die zuständige Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) wurde der Antrag durch das BMWK seinerzeit abgelehnt – mutmaßlich aus politischen Erwägungen.

Unsere rechtliche Analyse legt nahe, dass die Ablehnung auf einer fehlerhaften Annahme beruht: Die Argumentation des BMWK stützt sich auf einen vermeintlich nicht ausreichenden Repräsentationsgrad der Branche. Tatsächlich spiegelt dieser jedoch lediglich wider, dass der überwiegende Teil der Ölmühlen in Deutschland am Europäischen Emissionshandel (EU-ETS) teilnimmt und dort bereits vom Carbon Leakage-Schutz

profitiert. Diese Unternehmen sind im direkten Wettbewerb miteinander und rechtlich keinesfalls verpflichtet, sensible Unternehmensdaten offenzulegen, um einem einzelnen Unternehmen im nationalen System eine Kompensation zu ermöglichen. Es handelt sich folglich nicht um ein Repräsentationsdefizit, sondern um eine strukturell bedingte Systemgrenze.

OVID hätte den Klageweg gern vermieden und stattdessen formell Widerspruch eingelegt. Leider war dies rechtlich nicht möglich, sodass zur Wahrung der Interessen unserer Mitglieder nur die fristwahrende Klage gegen den Ablehnungsbescheid blieb, deren Begründung im März 2025 eingereicht wurde.

Mit Blick auf den Regierungswechsel und die neue Leitung des Hauses möchten wir nun mit Ihnen eine außergerichtliche Lösung im Dialog anstreben. Wir schlagen hierzu ein vertrauliches persönliches Gespräch vor. Unsere Verbandspräsidentin, Frau Jaana Kleinschmit von Lengefeld – zugleich Vorstandsvorsitzende der größten Ölmühle Europas mit Sitz in Hamburg – würde dieses Gespräch sehr gern gemeinsam mit uns führen.

Wir sind überzeugt, dass ein lösungsorientierter Austausch im Interesse aller Beteiligten ist – insbesondere im Sinne eines verlässlichen und sachgerechten Carbon-Leakage-Schutzes im nationalen Emissionshandelssystem.

Für eine Terminvereinbarung stehen wir jederzeit zur Verfügung und danken Ihnen im Voraus für Ihre Zeit und Ihre Bereitschaft zum Gespräch.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Brankatschk

Dr. Gerhard Brankatschk
Geschäftsführer

Dr. Momme Matthiesen
Geschäftsführer